

# Welt der Arbeit

Ausgabe 28

www.weltderarbeit.de

5. April 2006

## WdA im April

Die Fußballweltmeisterschaft steht vor der Tür; keine/r kann sich der Vor-Berichterstattung entziehen. Die WdA berichtet auch, allerdings über einen weniger beachteten Aspekt des Großereignisses: das Riesengeschäft mit der WM.

Es geht in dieser Ausgabe auch um andere Geschäfte: um den Ausverkauf kommunalen Eigentums, um Ausbeutung durch Niedriglöhne, um Superprofite von Unternehmen und Höchstbezahlung von Konzernchefs. Demgegenüber stehen neue Fakten über Arbeitsplatzvernichtung und Altersarmut.

Der bevorstehende Maifeiertag bietet Anlass zu einem doppelten Rückblick: Vor 120 Jahren fand die erste Maikundgebung der Geschichte statt; vor 60 Jahren gestatteten die Siegermächte den Deutschen (nach dem Missbrauch des Tages durch die Nazis), den 1. Mai erstmals wieder als Feiertag der Arbeiter zu begehen.

### Die Themen im Einzelnen

Seite 1

**Kampagne für Mindestlöhne**

Seite 2

**Ausbeutung im Niedriglohnbereich**

Seite 3

**Jubeljournalismus, Für eine faire neue Welt!**

Seite 4

**Wichtige neue Bücher, Kapitalismus pur**

Seite 5

**Abzocke bei der WM**

Seite 6

**Altersarmut wird weiter wachsen**

Seite 7

**Blick zurück: Maifeier: Kampftag oder Volksfest?**

Seite 8

**Profit statt Gemeinwohl, In so einem Laden kauft man nicht**

Seite 9

**Stellenabbau und Rekordgewinne, Filmtipp, Kommentar, Impressum**

## Kampagne für Mindestlöhne

Arbeit schützt vor Armut nicht! In vielen Branchen arbeiten immer mehr Menschen für Löhne, die nicht ausreichend sind, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. „Armutslöhne“ von drei, vier oder fünf Euro sind längst keine Seltenheit mehr. Seit Anfang der 90er Jahre sind mehr als drei Millionen versicherungspflichtige Beschäftigtenverhältnisse gestrichen worden; gleichzeitig expandiert der Niedriglohnsektor. Etwa ein Fünftel der Arbeitsverhältnisse ist dort zu finden.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) haben gemeinsam eine Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns gestartet. Mindestlöhne sollen künftig die Tarifautonomie ergänzen und stärken. Sie dürfen und sollen aber nicht dazu führen, dass Tariflöhne gesenkt werden.

Die *Initiative Mindestlohn* fordert die Einführung eines gesetzlichen Minimums von 7,50 Euro pro Stunde, das schrittweise auf 9 Euro erhöht werden soll. Bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden kann damit ein Bruttomonatsentgelt von 1.250 Euro und später 1.500 Euro erreicht werden.

Ein unabhängiger nationaler Mindestlohnrat (MIRA), dessen Schaffung geplant ist, wird die Bundesregierung bei der Einführung, Festsetzung und Weiterentwicklung des Lohns beraten und unterstützen. Die vorgesehenen acht Mitglieder von MIRA sollen beim Bundesarbeitsministerium angesiedelt werden und regelmäßig Vorschläge für die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns unterbreiten; dabei soll die Bruttolohnentwicklung in den Tarifbereichen berücksichtigt werden. Beabsich-

tigt ist, die Realeinkommen der Beschäftigten durch regelmäßige Anpassung zu sichern sowie deren Teilhabe an der gesamtgesellschaftlichen Produktivitätsentwicklung zu ermöglichen.

Tarifvereinbarungen schützen nicht immer vor niedrigen Löhnen. Gewerkschaften können sich manchmal mit ihren Lohnforderungen nicht durchsetzen, weil Mitglieder und Streikbereitschaft fehlen. Außerdem gibt es viele Firmen, die den tarifgebundenen Unternehmerverbänden nicht angehören.

Auch das Tariflohniveau muss durch gesetzliche Mindestlöhne verbessert werden. Die untersten Tariflöhne liegen zwischen 3,06 Euro je Stunde im Friseurhandwerk in Sachsen und 7,59 Euro im Wachdienst- und Sicherheitsgewerbe in Baden-Württemberg. Nach einer Auswertung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit gab es im Jahr 2003 über 300 tarifliche Lohngruppen mit Bruttostundenlöhnen, die unter sechs Euro lagen.

Nationale Mindestlöhne gibt es in 18 der 25 EU-Mitgliedstaaten. Im Januar 2005 lagen die monatlichen Mindestlöhne in den einzelnen Ländern zwischen 116 Euro in Lettland und 1.467 Euro in Luxemburg. Die Mindestlöhne in Euro sind in den Mitgliedstaaten seit 1999 zwischen 13 und 44 Prozent gestiegen. Deutsche Unternehmer gehören zur Minderheit derer, die bislang Tarifverhandlungen über Mindestlöhne verweigern. Es ist höchste Zeit, dass gegen die fortschreitende Ausbeutung der abhängig Beschäftigten im Niedriglohnbereich erfolgreich gekämpft wird. Deshalb muss die Kampagne für Mindestlöhne in den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit breite Unterstützung finden.

[www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de)

## Ausbeutung im Niedriglohnbereich

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen auch als Vollzeitbeschäftigte so wenig, dass sie Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen haben, aber häufig nicht in Anspruch nehmen. Drei oder vier Euro die Stunde für eine Friseurin oder einen Wachmann sind keine Seltenheit. Die Arbeitsverträge sind in der Regel befristet und jederzeit kündbar. Im Einzelhandel ist es inzwischen fast üblich, bestehende unbefristete Verträge umzuwandeln in Befristungen oder Teilzeit- und Mini-Jobs. Im Reinigungsgewerbe ist jeder zweite, im Einzelhandel und im Hotelgewerbe jeder vierte Arbeitsplatz ein Mini-Job. Beschäftigte im Niedriglohnbereich schufteten oft für 600 Euro netto im Monat. Davon kann niemand leben. Aber Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) meint, auch Niedriglohnverdiener sollen künftig finanzielle Vorsorge für die Rente treffen.

### Immer öfter Armutslöhne

Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen von 38,6 Millionen im Jahr 1991 auf 38,8 Millionen im Jahr 2005 leicht gestiegen ist, hat in dieser Zeit die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 13 Prozent abgenommen, und zwar von 30,0 auf 26,2 Millionen Personen. Die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung reduzierte sich sogar um fünf Millionen Beitragszahler. Etwa 6,9 Millionen Beschäftigte beziehen Niedriglöhne. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit definiert Niedriglohn als den effektiven Verdienst, der unter 66,66 Prozent des mittleren Verdienstes aller sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten (ohne Mini-

Jobs) liegt. Armutslöhne liegen unter 50 Prozent des mittleren Verdienstes aller sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten. Dabei wird der obere Einkommensbereich nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze der Gesetzlichen Rentenversicherung erfasst. 17,4 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten in Deutschland erhielten im Jahr 2001 effektiv Niedriglöhne. Hinzu kamen etwa 20 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten und über zwei Millionen (über 30 Prozent) geringfügig Beschäftigte.

Niedriglöhne sind kein Beleg für unqualifizierte Arbeit! Meistens werden keine einfachen, sondern solche Tätigkeiten verrichtet, die durchaus mittlere Qualitätsanforderungen oder berufliche Qualifizierung erfordern. Niedriglöhne sind vor allem dort zu finden, wo Betriebsräte und Gewerkschaften nur schwach vertreten sind: in Kleinbetrieben und im privaten Dienstleistungssektor. Betroffen sind vor allem Frauen, jüngere Menschen und Ausländer/innen.

Besonders katastrophale Zustände bestehen in der Zeitarbeitsbranche. Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes durch die rot-grüne Bundesregierung haben seit Januar 2004 die Bedingungen für die Zeitarbeiter erheblich verschlechtert. Viele Schutzvorschriften wurden beseitigt. Dafür verlangte die Regierung einen Tarifvertrag für die Zeitarbeitsbranche. Sollten weiterhin tarifliche Normen fehlen, würden Zeitarbeitnehmer die gleichen tariflichen Leistungen erhalten wie die Stammbeschaft.

Die Gewerkschaften schlossen

sich in einer Tarifgemeinschaft zusammen, um mit den Arbeitgeberverbänden der Zeitarbeitsbranche über Löhne und Arbeitsbedingungen für Zeitarbeiter zu verhandeln.

### „Vergelt's-Gott“-Tarife

Bevor es dazu kam, hatte die winzige Tarifgemeinschaft der christlichen Gewerkschaften zunächst mit dem Nordbayerischen Zeitarbeitgeberverband und nachfolgend weiteren Arbeitgeberverbänden einen „Billig-Tarif“ abgeschlossen. Die Unternehmer waren zufrieden: niedrige Stundenlöhne, keine Regelung für Fahrkosten, wenig Urlaub, keine Sonderzahlungen. Lohndumping wurde zum Maßstab im Konkurrenzkampf der Branchen. Und Zeitarbeiter/innen wurden zu Arbeitnehmer/innen zweiter Klasse. Die DGB-Tarifverträge konnten das kaum noch korrigieren.

Die christlichen „Vergelt's-Gott“-Tarife stellen die Unternehmer der Zeitarbeitsbranche aber keinesfalls zufrieden. Sie wollen die Stundenlöhne weiter senken und in Ostdeutschland einen höheren Abschlag durchsetzen. Klaus Jacobs, Chef des weltgrößten Zeitarbeitsunternehmens Adecco, verlangt zurzeit einen Mindestlohn von vier Euro in seiner Branche. „Das ist eine Zielgröße mit der wir leben könnten“, sagte Jacobs dem *Handelsblatt*. Die Profite von Adecco sind bislang schon üppig. Im vergangenen Jahr erhöhte sich der Reingewinn um 37 Prozent auf 453 Millionen Euro, und der Umsatz wuchs um sechs Prozent auf 18,3 Milliarden Euro. Dazu hat die Ausbeutung der abhängig Beschäftigten entscheidend beigetragen. F.K.

## Für eine faire neue Welt!

### **Jubeljournalismus**

Die Sportberichterstattung in Hörfunk und Fernsehen ist in die Kritik geraten. Immer mehr verstärkt sich der Eindruck, dass eine sachliche Berichterstattung über Sportereignisse von einer überzogenen, emotionalen und spekulativen Vermarktung des Sports abgelöst worden ist. Ankündigungen und Aufmachung der ARD-Sportschau gleichen einem aggressiven, aufdringlichen Spektakel, das mit guter und informativer Sportberichterstattung nichts mehr zu tun hat. Stattdessen wird Zuhörern und Zuschauern Sensationsjournalismus zugemutet.

Außerdem gibt es den „Jubeljournalismus“, von dem sich allerdings immer mehr Sportjournalisten distanzieren. Einige von ihnen haben eine Initiative für kritischen, seriösen Sportjournalismus gegründet. Jens Weirich, Sportchef der *Berliner Zeitung*, meint, dass unkritische Berichtersteller „nur Fans sind, die es über die Absperrung geschafft haben“. Die Fälle um die ARD-Sportchefs Emig und Mohren hätten zudem gezeigt, „dass Berichtersteller zu Vermarktern des Sports werden“.

Zahlreichen Sportjournalisten wird mangelnde Distanz zu den Objekten der Berichterstattung vorgeworfen. Die Ursache ist zweifellos im Start des so genannten privaten Fernsehens Mitte der achtziger Jahre zu suchen. Seitdem wird in vielen Fällen der Sport zur Marke umgewandelt. In dieser Hinsicht unterscheiden sich ARD und ZDF leider auch nicht mehr von den kommerziellen Fernsehanstalten.

[www.sportnetzwerk.org](http://www.sportnetzwerk.org)

Deutschland im Fußballfieber: Fußballbegeisterte aus aller Welt reisen in das von Beckenbauer beworbene „Land der Ideen“. Scharen von Medienvertretern berichten aus den Stadien und den WM-Städten. Für einige Wochen steht das Land im Zentrum der „fußballhysterischen“ Weltöffentlichkeit. Die WM ist aber nicht nur ein großes Sportereignis, sondern vor allem auch ein großes Werbe-Event. Die Ausrüster der Fußballstars und -sternen treten ebenso gegeneinander an, wie die einzelnen Ländermannschaften. Sie kämpfen jedoch um keinen WM-Pokal, sondern um Marktanteile.

Adidas, Hauptsponsor der WM und Europas Nr. 1, will das Mega-Event im eigenen Land nutzen, um endlich weltweit aus dem Schatten des Erzrivalen Nike zu treten. Dies lässt sich der Konzern einiges kosten: allein 100 Mitarbeiter beschäftigen sich mit dem Marketing rund um die Weltmeisterschaft. Der Kampf um Marktanteile verschlingt alljährlich Millionen. Diese enormen Summen werden durch Adidas, aber auch durch Nike, Umbro und die anderen WM-Ausrüster bei der Produktion eingespart. In den weltweiten Nähstuben verdienen die Arbeiterinnen Hungerlöhne. Sie arbeiten fast ohne Pausen und müssen bei Bedarf uneingeschränkt Überstunden leisten mit gefährlichen gesundheitsschädlichen Folgen: Bereits mit 35 Jahren sind die meisten Frauen für den Akkordmarathon in den Weltmarktfabriken zu alt und finden nur selten neue Anstellungen. Zudem fehlt ihnen jede soziale Absicherung.

Die Kampagne „Für saubere Kleidung“ (Clean Clothes Campaign /CCC) hat bewirkt, dass das Schicksal dieser Frauen in den

Fokus der Medien gelangt ist. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen wird den ausgebeuteten Arbeiterinnen in den Billiglöhländern eine Stimme verliehen.

Den Konzernen ist nichts wichtiger als ihr Image. Dafür legen sie jährlich Millionen auf den Tisch. Und genau da sind sie zu packen: Die CCC wird zur Fußball-Weltmeisterschaft aktiv und fordert „Fair Play“ bei der Bekleidungsproduktion! Adidas, Nike, Umbro & Co. nutzen das mediale Großereignis für eine Werbeschlacht um die Konsumenten. Die CCC nutzt das Medieninteresse, um ihr Anliegen „Saubere Kleidung“ breit in die Öffentlichkeit zu bringen. Am 19. Mai findet in Deutschland der zentrale Aktionstag statt. Der sollte von vielen Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen unterstützt werden.

Weil weder von nationalen Regierungen noch von internationalen Organisationen grundlegende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken zu erwarten sind, entstand 1990 in Amsterdam die Clean Clothes Campaign. Sie will die „saubere“ Produktion von Kleidungsstücken durch den Einsatz der Konsumentenmacht erreichen. Seitdem haben sich elf europäische Länder der Kampagne angeschlossen, die von rund 250 Nichtregierungsorganisationen und Arbeitnehmervereinigungen getragen wird. Mit ihrer Arbeit setzt sich die Kampagne für die „Verwirklichung der globalen Entwicklungsziele der UNO“ ein. Denn: „Die Bemühung um faire Arbeitsbedingungen gehört zu den dringendsten Aufgaben der Weltgemeinschaft.“

[www.saubere-kleidung.de](http://www.saubere-kleidung.de)  
[www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de)

## Wichtige neue Bücher

Hans Herbert von Arnim

### **Das Europa-Komplott – Wie EU-Funktionäre unsere Demokratie verscherbeln**

*Hanser, 448 Seiten, 24,90 Euro*

In diesem Buch geht es um skrupellose Beamte und geldgierige Politiker. Der Autor prangert Missstände in der Europäischen Union an und enttarnt die Profiteure samt Gehaltslisten und Namen von Politikern, die von großen Unternehmen geschmiert werden. Die Diätenregelung bezeichnet er als „legalisierten Spesenbetrug“, der nach deutschem Recht „unmöglich“ wäre. Das korrupte EU-Gebilde muss von Grund auf reformiert werden.

Andreas Diers

### **Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat**

Wolfgang Abendroth – Leben und Werk 1906 – 1948

*VSA-Verlag, 632 Seiten, 39,80 Euro*

Wolfgang Abendroth, dessen Geburtstag sich am 2. Mai dieses Jahres zum 100. Mal jährte, war einer der wichtigsten marxistischen Juristen und Politikwissenschaftler in der Bundesrepublik. Der Autor analysiert Abendroths Leben und Werk und stützt seine Teilbiografie auf bisher kaum bekanntes Archivmaterial sowie auf eine Vielzahl zeitgenössischer Dokumente. Er konzentriert sich auf den Lebensabschnitt von 1906 bis 1948, d. h. auf die Zeit von Abendroths Geburt bis zu seiner „Flucht“ aus der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland.

Albrecht Müller

### **Machtwahn –**

### **Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet**

*Droemer, 360 Seiten, 19,90 Euro*

„Ein Ziel dieses Buches ist es, die Interessengeflechte zu beschreiben, in denen unsere Eliten stehen und die aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Entscheidungen beeinflussen. Außerdem möchte ich an den Vorgängen der Gegenwart und Vergangenheit zeigen, wie es um die Qualität unseres Führungspersonals bestellt ist und welche Folgen Mittelmäßigkeit für politische Entscheidungen und damit für uns alle hat.“ (Albrecht Müller)

Wolfgang Reinhard

### **Unsere Lügengesellschaft –**

### **Warum wir nicht bei der Wahrheit bleiben**

*Murmann Verlag, 142 Seiten, 14,90 Euro*

Sprachlügen, Lügensprache, Täuschung und Selbstbetrug – obwohl wir dies alles verwerflich finden, sind Techniken der Täuschung doch fester Bestandteil unserer gesellschaftlichen Ordnung. An vielen Beispielen aus Geschichte und Gegenwart macht der Autor (und Historiker) anschaulich, wie Sprache, die doch der Verständigung dienen sollte, in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und in den Medien gezielt zur Desinformation eingesetzt wird. Nach Lektüre dieses Essays hört und sieht man genauer hin.

Beiträge auf einem Kongress im Herbst 2005 in Hamburg über

### **Tabus der bundesdeutschen Geschichte**

*Ossietzky Verlag, 250 Seiten, 15,00 Euro*

Eine Tradition des Nicht-Wahrhaben-Wollens, des Beschweigens, des Verleugnens gehört zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wie gelang es nach 1945 die alten Machtverhältnisse wiederherzustellen?

## Kapitalismus pur

**DaimlerChrysler:** Der Konzern hat seinen zehn Vorstandsmitgliedern im vergangenen Jahr zusammen 34,9 Millionen Euro gezahlt. 2004 hatten elf Vorstandsmitglieder erst 31,6 Millionen Euro kassiert.

**Deutsche Telekom:** Im Jahr 2005 machte der Konzern einen Gewinnsprung auf netto 5,58 Milliarden Euro. Der Umsatz stieg im zurückliegenden Jahr um 3,9 Prozent auf 59,6 Milliarden Euro.

**AMB Generali,** Deutschlands drittgrößter Erstversicherer mit Unternehmen wie Volksfürsorge, AdvoCard und Cosmos, steigerte im vergangenen Jahr das operative Ergebnis von 423,6 auf 589,2 Millionen Euro. Zusätzlich zum laufenden Stellenabbau sollen bis zum Jahr 2008 weitere 750 Stellen gestrichen werden.

**Super-Reichtum:** Die Zahl der Superreichen nahm im vergangenen Jahr deutlich zu. Wie aus der vom US-Magazin *Forbes* veröffentlichten Liste der reichsten Menschen der Welt hervorgeht, konnten sich 793 Leute zum Kreis der Milliardäre zählen, 102 mehr als im Vorjahr. Unter den 50 Reichsten befinden sich auch vier Deutsche. Aldi-Milliardär Karl Albrecht mit 17 Milliarden US-Dollar; sein Bruder Theo mit 15,2; der Mannheimer Pharmahändler Merckle (Ratiopharm) mit 11,5 und Herr Otto vom Otto-Versand mit 10,4 Milliarden. Gemeinsam besitzen die Reichen ein Vermögen von 2,6 Billionen Dollar. Und woher haben die Herrschaften das viele Geld?

## Abzocke bei der Weltmeisterschaft

Fußball war einmal die schönste Nebensache der Welt. Das ist lange her. Bereits im Freizeitfußball bestimmen inzwischen Sponsoren über den Einsatz von Spielern mit. Hochbezahlte Profis wie Oliver Kahn mit einem geschätzten Jahreseinkommen von etwa 15 Millionen Euro, erhalten ihren Marktwert durch das Interesse von Konzernen für Werbezwecke. Die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft steigert die Gier nach Profiten.

Der Weltfußballverband (FIFA), die Sportartikelindustrie, Fernsehgerätehersteller und der Einzelhandel hoffen auf beste Geschäfte. Die WM werde ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,3 Prozent in Deutschland bringen, meinen einige Volkswirte. Die Erwartung, dass Deutschland Fußballweltmeister wird, soll auch die Aktienkurse steigen lassen.

### Der Fußballverband kassiert

Marktwirtschaft im Sinne von Wettbewerb um fußballbegeisterte Kunden wird streng reguliert. Nicht jeder Produzent und Verkäufer darf mit der Weltmeisterschaft werben. Die FIFA bestimmt, wer exklusiv die großen Geschäfte machen darf. Als „offizielle Partner“ sind 15 Konzerne dabei, darunter adidas, Coca-Cola, Fujifilm, der amerikanische Bierkonzern Anheuser Busch (Bud), McDonald's, MasterCard, Toshiba, der koreanische Autobauer Hyundai, die Deutsche Telekom und der Reifenkonzern Continental. Als weitere „nationale Förderer“ treten der Versicherungskonzern Hamburg-Mannheimer, die Postbank, die Sportwette Oddset, die Baumarktkette Obi, der Energiekonzern EnBW

und die Deutsche Bahn auf. Von diesen Sponsoren kassiert die FIFA 752,4 Millionen Euro für das Recht der Unternehmen, exklusiv mit der WM werben zu dürfen. Außerdem kassiert der Weltfußballverband durch die Vergabe von Fernsehrechten in der Vierjahresperiode bis zur WM 2006 mehr als zwei Milliarden Euro.

### Exklusivrecht für Reklame

Ob es um die Ausstattung der Mannschaftshotels geht, um Fernsehvermarktung, um die Präsentation der Sponsoren – alles regelt das „Pflichtenheft zur Organisation der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft“. Damit die Sponsoren ihre Produkte ungestört vermarkten können, haben sich die zwölf Städte, in denen die Weltmeisterschaft ausgetragen wird, strengen Auflagen unterwerfen müssen. Rund um die Stadien wird während der WM eine „Bannmeile“ bzw. ein „kontrolliertes Gelände“ geschaffen, um den offiziellen Sponsoren eine „konkurrenzfreie Fläche“ zu bieten.

Der Politiker der Grünen, Winfried Hermann, hat der FIFA Erpressung bei der Vergabe der WM vorgeworfen. „Die FIFA hat alle Bewerberländer damit erpresst, dass sie gesagt hat: wenn ihr wollt dass wir bei euch die Weltmeisterschaft machen, dann müsst ihr uns vorab eine Steuerbefreiung garantieren“, erklärte Hermann in einem Fernsehinterview. Die Finanzminister von Bund und Ländern haben der Steuerbefreiung im Jahr 1999 zugestimmt. Es wird geschätzt, dass die FIFA damit Steuern in dreistelliger Millionenhöhe spart.

Von den Einnahmen des Weltfußballverbandes profitieren vor al-

lem die Funktionäre. Jedes der 24 Mitglieder der FIFA-Exekutive kassiert 100.000 Dollar pro Jahr, dazu kommen noch Tagegelder ab 500 Dollar aufwärts. Auch die „Lichtgestalt“ des deutschen Fußballs, Franz Beckenbauer, kassiert fleißig. Sieben große Unternehmen setzen zurzeit mit Millionenhonoraren auf seine Werbewirkung. Dazu kommen drei Exklusivverträge mit Medienpartnern: Für das ZDF kommentiert er Länderspiele und DFB-Pokal, für den Bezahlsender Premiere die Spiele der Champions League.

Zu den Profiteuren der WM zählen vor allem auch die Produzenten von Fußballschuhen und Trikots. Sie erzielen höchste Profite und verschweigen, unter welchen menschenunwürdigen Bedingungen die Produkte hergestellt werden. Während der Fußballweltmeisterschaft vom 9. Juni bis 9. Juli dürfen beispielsweise in Nordrhein-Westfalen die Geschäfte an Werktagen rund um die Uhr geöffnet sein. An Sonn- und Feiertagen, an denen Spiele stattfinden, sind zusätzliche Ladenöffnungszeiten von 14 bis 20 Uhr möglich.

### Soldaten für die WM

Bundesinnenminister Schäuble will die Bundeswehr zur Bewachung der Stadien, Flughäfen und Mannschaftsquartiere einsetzen - ein Versuch des CDU-Rechtsaußen, die Innenpolitik zu militarisieren. Dagegen muss nachdrücklich Widerstand organisiert werden. Statt Jubel ist Protest angebracht!  
F.K.

## Altersarmut wird weiter wachsen

Die gesetzliche Rente verkümmert derart, dass sie bald für ein auskömmliches Leben nicht mehr reichen wird. Im aktuellen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung heißt es, nur wer zusätzlich kräftig spare, werde im Alter von Armut verschont bleiben, denn das Rentenniveau sinkt weiter. Die Bruttorenten verringern sich von 53 Prozent des durchschnittlichen Einkommens eines Arbeitnehmers vor Steuern im Jahr 2005 auf nur noch 46,3 Prozent im Jahr 2019.

Im Hinblick auf Inflation und steigende Lebenshaltungskosten bedeutet bereits das Einfrieren der Alterseinkünfte spürbare Kaufkraftverluste. Schon in der Vergangenheit konnten sich die Rentnerinnen und Rentner immer weniger leisten. Seit dem Jahr 1995 lagen die Rentenerhöhungen nur zweimal über der Inflationsrate. In den anderen Jahren hat die Geldentwertung fortlaufend an den Renten genagt. Geht das so weiter, hat das dramatische Folgen für die Alterseinkünfte. Wer heute 1.000 Euro Rente bekommt, hat ohne Erhöhungen in zehn Jahren nur noch 860 Euro in der Hand bei einer Inflationsrate von durchschnittlich 1,5 Prozent. Hinzu kommt, dass die Renten zunehmend stärker besteuert und die Krankenkassenbeiträge künftig wahrscheinlich komplett auf die Rentenbezieher abgewälzt werden.

### Der Standardrentner

Der so genannte Standard- bzw. Eckrentner hat 45 Jahre lang Beiträge in die staatliche Rentenversicherung eingezahlt und immer ein Durchschnittsgehalt verdient. Für ihn errechnet der Rentenbericht 2005 eine Bruttostandardrente von 1.180 Euro im Monat

für das Jahr 2009. Das sind nur vier Euro mehr als heute. Im Jahr 2015 sollen es 100 Euro mehr sein, 2019 dann insgesamt 1.414 Euro. Das sind erschreckende Zahlen im Vergleich zu früheren Prognosen. Im Jahr 1995 ging die damalige Bundesregierung in ihrem Rentenbericht noch von 1.500 Euro für das Jahr 2009 aus.

### Umkehr in der Rentenpolitik

Der DGB fordert die Bundesregierung zu einer Umkehr in der Rentenpolitik auf. Die steigende Lebenserwartung rechtfertigt keine willkürlichen Rentenkürzungen. Der DGB lehnt deshalb sowohl weitere ‚Nullrunden‘ für Rentner bis 2016 als auch die Rente mit 67 strikt ab. Absolute Priorität der Politik muss sein, dass wieder mehr Menschen in reguläre Beschäftigung kommen und überhaupt gesund bis 65 Jahre arbeiten können.

### Die Armutsrenten der Politiker

Die bisher erworbenen Altersversorgungs-Ansprüche monatlich:

<b>Ulla Schmidt</b> (56), Gesundheitsministerin	<b>6.920 Euro</b>
<b>Michael Glos</b> (62), Wirtschaftsminister	<b>6.463 Euro</b>
<b>Gerhard Schröder</b> (61), ehem. Bundeskanzler	<b>7.750 Euro</b>
<b>Wolfgang Clement</b> (65), ehem. Wirtschaftsminister	<b>8.770 Euro</b>
<b>Joschka Fischer</b> (57), ehem. Außenminister	<b>10.700 Euro</b>

Sie alle haben niemals einen Cent für ihre Altersversorgung einzahlen müssen.

Für die Finanzentwicklung der Rentenversicherung ist es von entscheidender Bedeutung, den dramatischen Abbau sozial versicherter Arbeitsplätze zu stoppen.

Um die Einnahmeschwäche der Rentenversicherung zu beheben, sind eine offensive Beschäftigungspolitik, eine Reform der Mini-Jobs und eine Mindestlohnregelung zur Eindämmung des Niedriglohnssektors unabdingbar. Für das geplante Beschäftigungsprogramm „50plus“ sind vor allem eine stärkere finanzielle Beteiligung der Unternehmer, mehr Qualifizierung für ältere Arbeitnehmer und ein ehrlicher zweiter Arbeitsmarkt für ältere Langzeitarbeitslose erforderlich.

Für langjährig Versicherte und gesundheitlich beeinträchtigte Beschäftigte muss der abschlagsfreie Zugang zur Rente erleichtert werden. Zwei Drittel der Berufstätigen müssen heute zum Teil schon weit vor Vollendung des 65. Lebensjahres aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Nur 30 Prozent der Männer und 10 Prozent der Frauen erreichen überhaupt 45 Versicherungsjahre – und dies im Durchschnitt bereits im Alter von 62 Jahren.

Auch der Zugang zur Erwerbsminderungsrente muss erleichtert werden. Wer im höheren Alter nicht mehr voll erwerbsfähig ist und keine Aussicht auf geeignete Beschäftigung hat, sollte eine volle Erwerbsunfähigkeitsrente ohne die heutigen bürokratischen Hürden erhalten. Dabei müssen die Abschläge für vorzeitige Inanspruchnahme aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen, die bis zu 10,9 Prozent betragen können, wieder abgeschafft werden. Heftige Kritik übt auch der ehemalige SPD-Sozialexperte Rudolf Dreßler an der Regierungspolitik. Gegenüber dem *Spiegel* sagte er: „Wenn das so weiter geht, ist das System bald am Ende“.

Blick zurück

## Maifeier: Kampftag oder Volksfest?

„Ab sofort ist der 1. Mai wieder Feiertag.“ Das verkündeten die Alliierten im April 1946, als das Kriegsende erst ein Jahr zurück lag. Banner und Transparente gestatteten die Siegermächte den Deutschen vor 60 Jahren allerdings noch nicht. Tatsächlich aber hatten überlebende Gewerkschafter einzelne Maikundgebungen bereits ein Jahr zuvor veranstaltet – als andernorts in Deutschland noch geschossen wurde. Auffallend war damals, dass Männer ‚in den besten Jahren‘ auf den Kundgebungen nicht zu sehen waren. Sie waren in Gefangenschaft, verwundet, verschollen oder tot...

### **Vor 120 Jahren: Generalstreik für den Achtstundentag**

Seinen Ursprung hatte der ‚Tag der Arbeit‘ schon vor 120 Jahren in den USA, wo traditionell am 1. Mai neue Arbeitsverträge geschlossen wurden. Hauptanliegen der Arbeiter im ausgehenden 19. Jahrhundert war die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Dafür gingen sie am 1. Mai 1886, zeitnah zu den Vertragsabschlüssen jenes Jahres, in ganz Nordamerika auf die Straße: 400.000 Menschen beteiligten sich an einem Generalstreik für den Achtstundentag. Diese Massenaktion gilt seither als erste Maidemonstration der Geschichte. Mit geringfügiger zeitlicher Verzögerung entwickelten sich die Maikundgebungen in vielen anderen Ländern zum Kampftag für Arbeiterrechte. Im Deutschen Reich demonstrierten vier Jahre nach der Initialzündung aus den USA 100.000 Arbeiter für den Achtstundentag.

In Deutschland wurde der 1. Mai erst 1919 durch die Verfassung-

gebende Nationalversammlung zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Allerdings konnten sich die vielen Parteien in der ersten deutschen Republik nicht auf die grundsätzliche Einführung eines Maifeiertages verständigen. Erst die Nazis schafften, was Sozialdemokraten und Gewerkschaften schon so lange wollten: 1933 wurde der 1. Mai gesetzlicher Feiertag. Allerdings hieß der nun ‚Tag der nationalen Arbeit‘ und diente einzig den Zielen des Regimes. Schon am folgenden Tag wurden die Freien Gewerkschaften zerschlagen. In seinem „Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933“ zitiert der Historiker und Gewerkschafter Gerhard Beier aus einer Emigrantenzeitschrift vom Oktober 33: „Auch die mächtigsten und bestorganisierten Gewerkschaften werden besiegt, wenn sie ihre politische Orientierung verlieren, wenn ihre Führung versagt, wenn sie jahrelang in Passivität verharren und durch Dauerarbeitslosigkeit geschwächt werden.“ Das Zitat bezieht sich auf das Versagen der deutschen Gewerkschaftsbewegung gegenüber dem Nationalsozialismus. Es ist auch darüber hinaus bedenkenswert.

### **Vor 60 Jahren: Anfang und Bruch zwischen West und Ost**

In Berlin zeichnete sich schon am Maifeiertag 1946 der Bruch zwischen Ost und West ab. Die offizielle Gesamtberliner Veranstaltung war von der wenige Tage zuvor durch Zwangsvereinigung von SPD und KPD entstandenen SED dominiert; die Westberliner SPD organisierte in einigen Stadtbezirken alternative Kundgebungen. Nach 1949, dem Jahr der beiden deutschen Staatsgründungen, stand in der DDR das Bemühen um wirtschaftlichen

Fortschritt im Vordergrund, begleitet von Militärparaden nach sowjetischem Vorbild. In der Bundesrepublik gab der DGB jährlich politische Maiparolen aus, die auf den Maifeiern von Rednern der Gewerkschaften interpretiert und von kulturellen Programmen begleitet wurden. Doch schon Mitte der Fünfzigerjahre wurden sinkende Teilnehmerzahlen verzeichnet. Tendenziell blieb es dabei, auch wenn wichtige politische Kampagnen – für die 35-Stundenwoche, gegen den Streikparagrafen – vorübergehende Mobilisierungseffekte hatten. Die deutsche Einheit und zusätzlich die Globalisierung stellten alle - und besonders die Gewerkschaften - vor ganz neue Herausforderungen. Diese Herausforderungen veranlassten die am stärksten Betroffenen bislang aber nicht zu neuem gewerkschaftlichem Engagement.

### **Heute: Wo ist der Protest der ganzen Gesellschaft?**

Schon vor einigen Jahren hieß es in einem historischen Überblick des DGB\*: „Das Ende des 1. Mai, gleich ob als Kampf- oder Feiertag der Arbeitnehmer, schien nahe. Auch innerhalb der Gewerkschaften sahen manche... die einzige Überlebenschance in der Umwidmung in eine Art Volksfest für die ganze Familie.“ Fünf Millionen Arbeitslose; dauernd ansteigende finanzielle Belastungen derer, die Arbeit haben; massiver Abbau von Arbeitnehmerrechten, all dies scheint zu einem erneuten Wechsel – nun zurück vom Volksfest zum Kampftag – noch nicht zu motivieren.

*Claus Floeder*

\* [www.dgb.de/dgb/geschichte/erstermai](http://www.dgb.de/dgb/geschichte/erstermai)

## Profit statt Gemeinwohl

„Privatisierung ist die Einführung gewinnorientierter Steuerung in Bereiche, die bisher an Kriterien des Gemeinwohls ausgerichtet waren. Privatisierung findet in verschiedenen Formen statt: als Überführung öffentlicher in private Unternehmen wie bei der Post, als private Bereitstellung bisher öffentlicher Dienstleistungen – etwa in Bildung und Kultur – und als Übertragung sozialer Sicherung beispielsweise im Gesundheitswesen an private Finanzmärkte oder als Verwandlung von Teilen der Natur wie Wasser oder Genen in Privateigentum.

Privatisierung wird in der Öffentlichkeit damit begründet, dass private, unter Konkurrenzdruck stehende Unternehmen effizienter arbeiteten als öffentliche Monopole. Tatsächlich führt Privatisierung

aber oft dazu, dass öffentliche durch private Monopole ersetzt werden. Der Kern des Problems besteht darin, dass für das Verhalten privater Unternehmen nicht das öffentliche Interesse, sondern der einzelwirtschaftliche Gewinn entscheidend ist“.

*Prof. Jörg Huffs Schmid in der taz*

Im blinden Glauben an die Effizienz der Wirtschaft verkaufen Kommunen, die Länder und der Bund wichtige Einrichtungen der öffentlichen Dienstleistung und Daseinsvorsorge an profitorientierte Konzerne und Privatleute. Im Kern sind diese Privatisierungen eine Enteignung des Gemeinwohls, eine massive Einschränkung der Demokratie und der Arbeitnehmerrechte sowie eine Aushebelung solidarischer Systeme zugunsten privater Profite.

So hat beispielsweise im Ruhrgebiet die Stadt Mülheim fast alles vollständig privatisiert: die Wasserwerke, die Trinkwasserleitungen, die Müllentsorgung, die Abwasserentsorgung, die Versorgung mit Gas und Fernwärme, den städtischen Nahverkehr – alles wurde verschärbelt. Als sich die Bürgerinnen und Bürger mit Unterstützung von ver.di und attac mit einem Bürgerentscheid gegen jede weitere Privatisierung zur Wehr setzten, wurde das politische Leben der Stadt durcheinander gewirbelt.

Der Autor Werner Rügemer hat sich in einem Feature im Hörfunkprogramm 5 des Westdeutschen Rundfunks mit diesem demokratischen Aufbruch auseinandergesetzt (Sendung am 5.3.2006). Es ist sehr zu empfehlen, das Manuskript dieses Sendbeitrages zu lesen.

### Informationen zur Deutschen Außenpolitik

werden von einer Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler zusammengestellt, die das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet kontinuierlich beobachten.

Die täglichen Nachrichten, die Interviews und Hintergrundinformationen, die Dokumente und aktuellen Rezensionen sollten vor dem Wissenshintergrund der deutschen Vergangenheit gelesen werden. Dazu stellt die Rubrik „Geschichte“ (ab 1871) umfangreiche Analysen sowie bibliographische Materialien bereit.

Die „Informationen zur Deutschen Außenpolitik“ sind parteipolitisch unabhängig und erscheinen täglich kostenlos unter [www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com)

## In so einem Laden kauft man nicht

Die schwedische Modekette Hennes & Mauritz (H & M) setzt in Deutschland Mitarbeiter und Betriebsräte unter Druck. Das haben unter anderem Recherchen des ZDF-Magazins Frontal21 ergeben. Betriebsräte berichten, dass sie ihre Gespräche und Kontakte lückenlos dokumentieren müssen. Anderenfalls seien Lohnkürzungen angedroht worden. „Konkret muss man sich das so vorstellen, dass Betriebsräte ihren ganzen Tagesablauf aufschreiben müssen: Sämtliche Telefonate mit Kollegen, sämtliche Besprechungen, Länge und Dauer der Sitzungen“, berichtet eine Betroffene.

Auch Hilfe suchende Mitarbeiter werden eingeschüchtert. Wer zum Betriebsrat will, muss sich bei einem Vorgesetzten ab- und wieder anmelden. „Das heißt, die

Mitarbeiter trauen sich kaum noch zu uns“, erklärte eine Betriebsrätin gegenüber Frontal21. „Das ist eine Riesenschweinerei, es geht absolut gegen das Betriebsverfassungsgesetz.“

Die Kritik an den Arbeitsbedingungen bei H&M bestätigt auch eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Darin heißt es: „Die Untersuchung ergab, dass sowohl von Behinderungen als auch von einer systematischen Diskriminierung gegen Interessenvertretern gesprochen werden kann.“

Nach Erkenntnissen des Soziologen Heiner Köhnen, Verfasser der Studie, sind die Rechte der Arbeitnehmer bereits stark geschwächt. Rund 50 Prozent der Beschäftigten sind Mitarbeiter mit flexiblen Arbeitszeiten.



## Stellenabbau und Rekordgewinne

Deutsche Konzerne verdienen wie nie zuvor, und die Manager kassieren kräftig mit. Aber Arbeitsplätze werden abgebaut, vor allem in den Großunternehmen.

Die Profite der 30 führenden Konzerne in Deutschland sind im vergangenen Jahr um 36 Prozent auf 51 Milliarden Euro gestiegen – so stark wie nie zuvor. Die weltweiten Verkaufserlöse überschritten zugleich erstmals die Billionen-Grenze. Das ergibt eine Auswertung der veröffentlichten Geschäftsberichte für das Jahr 2005 durch die *Frankfurter Rundschau*.

Im Durchschnitt kassieren die Vorstandsmitglieder der 30 größten im Deutschen Aktienindex (Dax) aufgelisteten Unternehmen 2,5 Millionen Euro im Jahr. Spitzenreiter ist der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, dessen Bezüge um 18 Prozent auf knapp 12 Millionen im Jahr erhöht wurden. Insgesamt kassierte der vierköpfige Vorstand rund 29 Millionen Euro, eine Steigerung um 14 Prozent. Den höchsten Profit verzeichnete der Energieriese Eon, der seinen Überschuss um 266 Prozent auf

7,5 Milliarden steigern konnte. Bezahlt werden die Profite von den abhängig Beschäftigten und den Kunden des Konzerns.

Mit einem Beitragswachstum von 3,8 Prozent auf knapp 158 Milliarden Euro hat auch die Versicherungswirtschaft ihre Profite steigern können. Trotzdem werden Arbeitsplätze kontinuierlich weiter vernichtet. Im vergangenen Jahr sank die Zahl der dort Beschäftigten um rund 7.000 auf 240.000.

Die Zahl der Arbeitsplätze in den 30 Dax-Unternehmen ist in Deutschland erneut gesunken, obwohl die Arbeitskosten durchschnittlich kaum gestiegen sind. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes legten sie nur um 0,9 Prozent zu. Das war der geringste Anstieg in den vergangenen zehn Jahren. Im Vergleich mit den anderen EU-Ländern konnte die deutsche Wettbewerbsposition ausgebaut werden. Zwischen dem dritten Quartal 2005 und dem gleichen Quartal im Jahr 2004 erhöhten sich die Arbeitskosten in den EU-Ländern um durchschnittlich 2,7 Prozent.

\* \* \* \*

### Filmtipp

Ein sehenswerter Spielfilm

#### **Das Leben der Anderen**

Autor und Regisseur:

Florian Henkel von Donnersmarck

Darsteller: Ulrich Mühe, Martina Gedeck, Sebastian Koch, Ulrich Tukur

Die DDR Mitte der 1980er-Jahre: Ein mächtiger Minister, der sich in eine gefeierte Schauspielerin verliebt hat, will einen Rivalen aus dem Weg schaffen. Er setzt einen Abhörspezialisten der Stasi auf

ihn an, der die Wohnung des Paares verwanzt und auf regimiekritische Äußerungen hofft, dann aber zunehmend in seinem Glauben ans System ins Wanken gerät. Der höchst eindrucksvoll inszenierte Film analysiert über die Einzelschicksale hinaus die Mechanik eines Unrechtssystems und beschreibt distanziert dessen Funktionsweise. Herausragend gespielt, leistet er einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte.

*film-dienst*

Kommentar

#### **Vertrauensverluste**

Es wurde wieder gejubelt. Die scheinbaren Sieger der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ließen sich wegen ihres Wahlsiegs feiern. Aber die publizierten Prozente an Zustimmung verschleiern den erheblichen Vertrauensverlust für die beiden großen Parteien. SPD und CDU haben in den drei Ländern zusammen über eine Million Stimmen verloren. Gemessen an absoluten Zahlen, hat die CDU in Baden-Württemberg trotz des Wahlsiegs 281.025 Stimmen weniger erhalten als im Jahr 2001. Und die SPD hat im Ländle von 100 Wahlberechtigten lediglich 13 Stimmen, in Sachsen-Anhalt nur noch 9 und in Rheinland-Pfalz gerade mal 26 erhalten. Die große Mehrheit der Wahlberechtigten hat bei den Landtagswahlen weder die CDU noch die SPD gewählt. Die Wahlbeteiligung hat einen Tiefstand erreicht. Viele Wählerinnen und Wähler haben offensichtlich die Schnauze voll von der asozialen Politik der so genannten Volksparteien.

*Franz Kersjes*

#### **Impressum:**

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35  
Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de)

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.  
[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.